

# Grundsatzprogramm



**LSU**

LESBEN UND SCHWULE  
IN DER UNION

# ***Grundsatzprogramm der LSU***

## **Inhalt**

1. Präambel
2. Gesellschaft
3. Bildung
4. Jugend
5. Religionen
6. Ausländische Mitbürger
7. Arbeitswelt
8. Antidiskriminierung
9. Gewalt gegen Lesben und Schwule
10. Eingetragene Lebenspartnerschaften
11. Adoptionsrecht
12. HIV, AIDS, STD
13. Hospiz-Bewegung
14. Europa - Die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses
15. Die LSU und die CDU/CSU

Das Grundsatzprogramm der Lesben und Schwulen in der Union wurde am 8. Oktober 2005 in Hamburg beschlossen.

## **Präambel**

Die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) sind eine Interessenvertretung für Lesben, Schwule und Bisexuelle in der CDU/CSU und für Menschen, die den Unions-Parteien nahe stehen. Die LSU setzt sich für die Belange lesbischer, schwuler und bisexueller Menschen ein. Im politischen Alltag ist eine Form der Auseinandersetzung notwendig, die dem Gegenüber mit Respekt begegnet. Die LSU fühlt sich den Grundsätzen des christlichen Menschenbildes verpflichtet. Im Mittelpunkt stehen die Bewahrung der Schöpfung und die Achtung aller Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer körperlichen Unversehrtheit, Religion, Rasse, Staatsangehörigkeit oder sexuellen Identität. Liebe und Sexualität sind Geschenke an die Menschen. Sie bereichern das Miteinander heterosexueller wie homosexueller Menschen gleichermaßen. Aus dieser Überzeugung setzt sich die LSU für ein gleichberechtigtes Miteinander in dieser Gesellschaft ein.

## **Gesellschaft**

Viele Lesben, Schwule und Bisexuelle sehen sich noch immer nicht in der Lage, zu ihrer sexuellen

Identität zu stehen. Sie fürchten sich vor vielfältigen Formen der Diskriminierung. Hinzu kommen rechtliche Benachteiligungen, die ein offenes und selbstbewusstes Leben als Homosexueller erschweren. Hier sieht sich auch die LSU in der Verantwortung, ihren Beitrag im weiteren Emanzipationsprozess zu leisten. Auch wenn es für Menschen heute leichter ist, sich als homosexuell oder bisexuell zu bekennen, bedeutet dieser Schritt einen deutlichen Einschnitt im Leben. Immer noch begegnen sie Vorurteilen, sei es in der Familie, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz.

Hier gilt es, beide Seiten in ihrem Dialog zu unterstützen. Coming-Out-Gruppen sind hierzu ebenso wichtig wie Elternberatungsgruppen. Es gilt, die vielfältigen Vorurteile, die immer noch in der Gesellschaft vorhanden sind, abzubauen und so eine Grundlage für ein positives Miteinander von homosexuell und heterosexuell lebenden Menschen zu erreichen. Emanzipation heißt auch gleichberechtigte Teilhabe und Mitwirkung an der Gesellschaft. Die LSU möchte kein explizites "Lesben- und Schwulenrecht". Der Staat ist aufgefordert die rechtliche Gleichstellung Homosexueller gegenüber heterosexuell lebenden Menschen zu garantieren.

## **Bildung**

Eine zentrale Ursache für die Ablehnung und die Diskriminierung von Homosexuellen ist Unwissenheit. Daher ist eine objektive und umfassende Aufklärung weiterhin dringend erforderlich. Diese findet nicht nur im Elternhaus, sondern vor allem in der Schule statt. Hier werden gleichgeschlechtliche Lebensweisen häufig noch immer totgeschwiegen. Homosexuelle Lebensformen müssen in der Gesellschaft als gleichberechtigt vermittelt werden und dürfen nicht nur ein Thema im Biologieunterricht sein. Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ist hierfür unabdingbare Voraussetzung. Die LSU fordert eine deutliche Unterstützung für Aufklärungsprojekte an Schulen. Die Schulleitungen werden aufgefordert, Veranstaltungen dieser Art auch an ihren Schulen durchzuführen.

In der wissenschaftlichen Forschung werden Lesben und Schwule vernachlässigt. Dies gilt vor allem für den Bereich der Geschichte. Zum einen wird die nachgewiesene Homosexualität von berühmten Persönlichkeiten bewusst heruntergespielt oder nicht erwähnt. Zum anderen werden Homosexuelle als Opfer der Herrschenden wenig wahrgenommen.

Es gilt hier bei Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen eine stärkere Sensibilisierung zu erwirken. Hierfür hält die LSU die Errichtung einer Magnus-Hirschfeld Stiftung auf Bundesebene für erforderlich. Auch in der Erwachsenenbildung müssen Homosexualität und die gesellschaftliche Situation von Lesben und Schwulen eine stärkere thematisiert werden.

## **Jugend**

Bei Homosexuellen zeigen sich homophile Neigungen schon oft in jungen Jahren. Der Selbstfindungsprozess von Jugendlichen und das Erkennen und Annehmen ihrer Homosexualität bereitet vielen große Schwierigkeiten. Dabei sind ihre Probleme und Ängste und der Umgang damit genauso vielfältig und unterschiedlich, wie die Jugendlichen selber. Gerade in dieser Selbstfindungsphase müssen ihre Gefühle ernst genommen werden. Gleichmaßen dürfen sie mit Problemen nicht allein gelassen werden. Auch heute ist die Suizidrate bei homosexuellen Jugendlichen erschreckend hoch.

Neben der Aufklärungsarbeit und pädagogischen Betreuung innerhalb der Schule müssen auch

außerhalb des Schulbereichs Beratungs- und Betreuungsangebote für Jugendliche geschaffen werden. In lesbischschwulen Zentren oder Familienberatungsstellen sollte eine psychologisch geschulte Betreuung erreichbar sein, die ggf. auch über anonyme Beratungstelefone funktionieren könnte. Sehr wichtig ist die Kommunikation Jugendlicher untereinander. Dazu dienen Jugendgruppen, in denen sie miteinander sprechen und gemeinsames unternehmen können. Coming-Out-Gruppen mit psychologischer Betreuung müssen für jeden Jugendlichen erreichbar sein. Das Coming-Out von Jugendlichen bringt oft für Eltern Probleme. Die LSU begrüßt die Existenz von Elternselbsthilfegruppen homosexueller Kinder als eine wichtige Anlaufstelle neben den Familienberatungsstellen. Die Aufklärungsarbeit darf nicht allein dem Internet überlassen werden, sondern sollte in bestehende Angebote sinnvoll eingebunden sein. Hier sind neue Konzepte gefragt. Die schwul-lesbische Jugendarbeit sollte ein Teil des gesamten Lebensumfeldes ausmachen. Ein direkter, persönlicher Erfahrungsaustausch ist immer hilfreicher als die beste Beratung.

## Religionen

Die LSU beruft sich als Grundlage ihres programmatischen und tatsächlichen Handelns auf das christliche Menschenbild. Dabei setzt sich die LSU auch für ein respektvolles und den Menschen in seiner Vielfalt bejahendes Umfeld in den kirchlichen Institutionen ein. In manchen Gemeinden der beiden großen, christlichen Kirchen kann bereits heute ein Klima gegenseitiger Akzeptanz als gelebte Realität wahrgenommen werden. Auch gibt es vor allem in der evangelischen Kirche liberalisierende Bestrebungen. Die LSU begrüßt und unterstützt diese Initiativen.

Die LSU ist sich bewusst, dass Lesben und Schwule leider noch zu häufig auf grundsätzliche Vorbehalte in den Kirchen stoßen.

Die großen Religionsgemeinschaften werden ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung beim Thema Homosexualität oft nicht gerecht. Sie fördern aus dogmatischen Erwägungen, ein Klima der Intoleranz, das insbesondere für viele schwule und lesbische Jugendliche bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung zum Problem werden kann. Hier setzt die LSU auf einen intensiv

geführten Dialog und treibt diesen aktiv voran.

## **Ausländische Mitbürger**

Selbst viele deutsche Lesben und Schwule, die in einer liberalen, aufgeklärten und modernen Gesellschaft aufgewachsen sind, kostet es Überwindung, zu ihrer sexuellen Identität zu stehen. Ungleich schwieriger ist dies für Homosexuelle, die aus Staaten und Kulturkreisen stammen, in denen Homosexualität staatlich und gesellschaftlich geächtet oder homosexuelle Handlungen sogar mit Strafen bis hin zum Tod geahndet werden. Sie stehen oft vor der Alternative, entweder die eigene Identität zu verleugnen oder den Bruch nicht nur mit ihrer Familie, sondern auch mit ihrem Kulturkreis zu vollziehen. Lesben und Schwule aus solchen Kulturkreisen brauchen ein besonderes Maß an Rat und Hilfe. Die LSU begrüßt und unterstützt alle Initiativen, die ihnen in diesem Identitätskonflikt zur Seite stehen. Über die konkrete Hilfe im Einzelfall hinaus gilt es jedoch, den Dialog mit den jeweiligen nationalen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften voranzutreiben, Aufklärungsarbeit zu leisten, Sensibilität gegenüber Schwulen und Lesben in ihren Reihen zu wecken und um Verständnis und

Toleranz zu werben. Die LSU achtet und respektiert kulturelle Eigenarten, Sitten und Gebräuche einer jeden Bevölkerungsgruppe. Wir erwarten von jedem, der in Deutschland lebt, die Achtung vor der Würde des Menschen, und ein Mindestmaß an Toleranz, ohne welche ein Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht möglich ist.

## **Arbeitswelt**

Lesben und Schwule arbeiten in allen Berufen und Branchen. Der Arbeitsplatz ist für jeden Menschen von existentieller Bedeutung. Es kann daher nicht geduldet werden, dass Arbeitnehmer bei Einstellungen, Beförderungen, Kündigungen, Weisungen oder sonstigen Maßnahmen auf Grund ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden.

Deshalb begrüßt die LSU die Diversity Ansätze vieler großer Unternehmen. Diese gilt es zu fördern und auch im öffentlichen Dienst zu verankern. Die LSU unterstützt Bestrebungen, Diskriminierungen von Lesben und Schwulen in der kirchlichen Arbeitswelt abzubauen.

## **Antidiskriminierung**

Das Antidiskriminierungsgesetz dient der Umsetzung von insgesamt vier EU-Richtlinien, die Schutzvorschriften gegen unterschiedliche Arten der Diskriminierung enthalten sollen.

Gesetzmäßig erzwungenes Denken fördert oft den Widerstand bei Andersdenkenden. Es führt auch zu automatischem Abwehrverhalten bei Anbietern von Arbeit, Wohnungen, Waren und Dienstleistungen. Es wird also entweder zu keinem Vertragsabschluss kommen oder zu solchen, die ein Risiko weitestgehend ausschließen.

Die LSU möchte deshalb weder die Vertragsfreiheit gefährden, noch der Wirtschaft zusätzliche bürokratische Hürden zumuten. Insofern ist grundsätzlich eine 1:1 Umsetzung der EU-Richtlinien ausreichend. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland legt zwar die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz fest. In seiner derzeitigen Fassung gewährleistet Artikel 3 des Grundgesetzes für Schwule und Lesben aber keinen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung. Deshalb ist es erforderlich, das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität

verfassungsrechtlich zu verankern. Nur diese Verankerung bietet eine Gewähr für eine möglichst dauerhafte Gleichbehandlung homosexueller Menschen mit ihren heterosexuellen Mitmenschen.

Gewalt gegen Lesben und Schwule

Gezielte Gewalt gegen Lesben und Schwule findet auch in unserer Gesellschaft statt, und wird noch zu häufig verschwiegen. Die LSU unterstützt alle staatlichen Anstrengungen, die auf eine effektivere Strafverfolgung von Gewaltverbrechen - nicht nur mit antilesbischem oder -schwulen Hintergrund - gerichtet sind. Des Weiteren begrüßt die LSU ausnahmslos sämtliche Bemühungen zur Kriminalitätsvorbeugung. Entgegengewirkt werden muss dabei insbesondere der Jugendkriminalität, da hier - oft in Verbindung mit rechtsradikalem Gedankengut - ein Hauptausgangspunkt antilesbischer und -schwuler Gewalt zu finden ist. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet eine auf Wertevermittlung ausgerichtete und zugleich tolerante Erziehung in Familien, Kirchen, Schulen und Freizeiteinrichtungen.

Letztlich trägt auch eine bürgernahe und vor allen Dingen präsenste Polizei zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalttaten gegen Lesben und Schwule bei. Nach wie vor bestehen jedoch Seitens

der Opfer Berührungängste gegenüber der Polizei, so dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen lokalen schwulen und / oder lesbischen Gruppen und den örtlichen Polizeibehörden unverzichtbar ist. Diese möchte die LSU fördern.

### Eingetragene Lebenspartnerschaften

Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Unstreitig stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Die neu begründete eingetragene Lebenspartnerschaft wurde daher als Institut für Schwule und Lesben geschaffen, die auf den Grundwerten von Liebe, Treue und Verantwortung eine lebenslange Verbindung eingehen wollen. Gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, besteht zwischen Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft kein Abstandsgebot, weshalb die LSU sich für eine faire Rechte und Pflichtenverteilung einsetzt. Hier sieht die LSU weiterhin akuten politischen Handlungsbedarf.

Dies gilt insbesondere für die Bereiche:

#### Steuerrecht:

- Einkommensteuer,
- Lohnsteuer,

- Erbschaft- bzw. Schenkungssteuer,
- Grunderwerbsteuer.

Sozialversicherungsrechtliche Fragen:

- Rente,
- Krankenversicherung,
- Pflegeversicherung

Tarifrechtliche Änderung, Beamtenrecht

- Beihilfen

Wir halten eine generelle Neuordnung des Familieleistungs-Ausgleichs für dringend geboten. Dies beinhaltet eine Umgestaltung des Ehegattensplittings und eine direkte Förderung von Lebensgemeinschaften mit Kindern. Diese Neuordnung sollte zu einer generellen Vereinfachung des Steuerrechtes führen. Im Ergebnis soll dies in eine Gleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft münden.

Aus Sicht der LSU stellt der nun vorhandene Dreiklang aus Ehe, eingetragener Lebenspartnerschaft und Familie die tragenden Säulen der Gesellschaft dar. Diese bedürfen der Förderung und des Schutzes des Staates.

## Adoptionsrecht

Die LSU steht zum vollen Adoptionsrecht für Regenbogenfamilien und begrüßt ausdrücklich die 2005 geschaffene Möglichkeit der Stiefkindadoption für eingetragene Lebenspartnerschaften.

Ungeachtet dessen haben viele schwule und lesbische Paare den Wunsch nach einem gemeinsamen Kind. Dieser Wunsch ist vielfach von der Idee getragen, die in dem früheren Familienleben selbst erfahrenen positiven Werte weiter zu vermitteln und Verantwortung für eigene Kinder zu übernehmen. Den Wunsch nach einem gemeinsamen Kind können sie sich jedoch - ebenso wie viele heterosexuelle Paare - nicht auf natürlichem Wege erfüllen. Während verheirateten heterosexuellen Paaren sich die Möglichkeit der gemeinsamen Adoption eröffnet, bleibt diese Möglichkeit Paaren die in eingetragener Lebenspartnerschaft leben verwehrt. Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder homosexueller Paare sich nicht anders entwickeln, als Kinder heterosexueller Paare. Das vielfach angeführte Vorurteil, dass die bei lesbischen Müttern oder schwulen Vätern aufwachsenden Kinder sich nicht zu "richtigen" Mädchen bzw.

“richtigen Jungen“ entwickeln oder das häufig vorgetragene Argument, dass das Aufwachsen mit gleichgeschlechtlichen Eltern nicht dem Wohl des Kindes entspricht, muss aus wissenschaftlicher Sicht als unbegründet und somit als nicht haltbar angesehen werden.

Entscheidungen über die Adoption von Kindern müssen allein nach dem Wohl des Kindes getroffen werden. Hierzu zählt insbesondere das gesellschaftliche Umfeld, das für eine störungsfreie Entwicklung notwendig ist. Dieses ist momentan in Deutschland nicht flächendeckend gewährleistet. Eine breite gesellschaftliche und politische Akzeptanz für die Adoption in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften fehlt. Dies kann nicht verordnet werden, sondern bedarf einer breiten gesellschaftlichen Übereinstimmung.

Diese gilt es aus Sicht der LSU zu fördern und zu stärken, um eine gesetzliche Regelung zu erlangen. Konkrete gesetzliche Regelungen sind daher momentan verfrüht.

## **HIV, AIDS und sexuell übertragbare Krankheiten**

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität bereits 1975 aus dem internationalen Krankheitenregister gelöscht hat, gibt es immer noch Versuche, Homosexualität als medizinisches Problem zu bezeichnen. In Teilen der Erde, sogar in einigen Gegenden der USA, führt dies zu einer Verfolgung Homosexueller. Dieser tritt die LSU entschieden entgegen.

Nach Ansicht der LSU stellt der Umgang mit HIV und AIDS eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Hierbei können gerade Lesben, Schwule und Bisexuelle auf Grund des höheren Sensibilisierungsgrades eine Führungsrolle auf dem Weg zu Gleichberechtigung, Akzeptanz und Unterstützung Betroffener übernehmen. Ziel muss die Verwirklichung einer Gesellschaft sein, in der HIV-Positive und an den Folgen von Aids erkrankte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Auch der Staat muss seiner Verantwortung gerecht werden. Dazu gehört die Förderung der Erforschung von HI-Viren und deren Bekämpfung ebenso, wie

die soziale und medizinische Absicherung von Betroffenen. Gerade in diesem Bereich unterstützt die LSU die Arbeit der AIDS-Hilfen in Deutschland. Sie sind Ausdruck einer solidarischen Hilfe der Lesben und Schwulen untereinander und für andere Betroffene und bedürfen weiterhin einer staatlichen Unterstützung, die ihnen eine wirkungsvolle Arbeit ermöglicht.

Wichtig ist zudem eine wirkungsvolle Präventionsarbeit. Die Erfolge der Vergangenheit sind kein Grund, in den Anstrengungen in diesem Bereich nachzulassen. Die LSU sieht hier neben AIDS-Hilfen, dem Staat und den Schulen auch die Medien in großer Verantwortung.

Präventionsarbeit kann aber nur dann wirkungsvoll sein, wenn sie sich kontinuierlich an aktuelle Gegebenheiten anpasst. Zahlreiche Studien weisen deutlich darauf hin, dass HIV und AIDS, aber auch andere sexuell übertragbare Krankheiten, nicht mehr ausschließlich ein Problem schwuler Männer sind, sondern dass diese Krankheiten in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Diese Tatsachen haben sich bislang nicht in der Präventionsarbeit niedergeschlagen. Auch der Umstand, dass zahlreiche sexuell übertragbare Krankheiten mittlerweile aus Mittel- und Osteuropa nach

Deutschland importiert werden, wurde bislang nicht berücksichtigt. Die LSU hält daher eine Neuausrichtung der Präventionsarbeit für dringend erforderlich.

Sie kann aber auch nur dann Resultate erziele, wenn sie nicht durch gegenläufige Trends unterlaufen wird. Die deutsche Präventionslandschaft steht hier in einem Spannungsfeld: auf der einen Seite wird viel Geld für aufwändige Präventionsstrategien ausgegeben, auf der anderen Seite werden aber diejenigen, die von der in Deutschland herrschenden liberalen Einstellung zum Thema Sexualität finanziell profitieren, kaum an den Kosten der Präventionsarbeit beteiligt. Die LSU ist daher der Auffassung, dass gerade Unternehmen wie etwa Bordelle, Lokale und Saunen mit Räumlichkeiten für sexuelle Kontakte etc. an den Präventionskosten beteiligt werden sollten. Geeignete Konzepte sollten daher gemeinsam mit allen Betroffenen entwickelt werden.

Die Fälle sexuell übertragbarer Krankheiten wie Syphilis steigen insbesondere in den Großstädten wieder an. Am stärksten betroffen sind, wie auch bei HIV und AIDS, Männer im Alter zwischen 25 und 49 Jahren. Auch hier muss Aidsprävention umdenken und das Thema der sexuell übertragbaren

Krankheiten mehr ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zurückholen. Die Koordination dieser Aufgabe obliegt dem Staat. Eine weitere Kürzung der Mittel zur Gesundheitsprävention ist daher aus Sicht der LSU nicht hinnehmbar. Bei den Präventionsanstrengungen sind Menschen mit Migrationshintergrund z.B. aus Osteuropa oder Afrika verstärkt mit einzubeziehen. Präventionspartnerschaften mit ihren Heimatstädten sind dabei ein Erfolg versprechender Weg, den Städte wie zum Beispiel Nürnberg bereits eingeschlagen haben.

Aus Sicht der LSU ist Grundlage des Erfolges zur Bekämpfung, Eindämmung und Ausrottung von Aids ein verantwortungsvoller Umgang mit der Sexualität.

## **Hospiz-Bewegung**

Gerade die Erfahrung mit der Immunschwächekrankheit AIDS hat auch in der schwul-lesbischen Gemeinschaft die Notwendigkeit einer humanen Sterbebegleitung aufgezeigt. Die LSU sieht hier zunächst den Partner und die Familien in der Pflicht. Eine Sterbebegleitung in den

eigenen, gewohnten Räumlichkeiten ist jeder anderen Alternative vorzuziehen. Hierbei ist die medizinische Versorgung ebenso wichtig wie eine Betreuung der Angehörigen. Dazu sollten die notwendigen Voraussetzungen z.B. bei Sozialdiensten geschaffen werden. Ein unbürokratisches und schnelles Handeln der zuständigen Verwaltungen muss gewährleistet sein. Wo aber Partner und/oder Familie nicht in der Lage sind, eine Betreuung im eigenen Heim leisten zu können, hält die LSU Hospize für lobenswerte und unverzichtbare Einrichtungen, die hier weiterhelfen können. Daher ist eine weitere Förderung von Hospizbewegungen zu begrüßen. Dabei sollten Hospize offen sein für alle Betroffenen, unabhängig von Rasse, Religion, sexueller Identität oder Krankheitsursache.

## **Europa - Die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses**

Der europäische Einigungsprozess stellt für auch für Lesben und Schwule in Europa eine große Chance dar. Unter einem gemeinsamen Dach können wir die kulturelle Vielfalt Europas leben und bewahren, uns gemeinsamer Werte besinnen und um Verständnis

füreinander werben. Europäische Einheit bedeutet Einheit in Vielfalt; sie fördert Toleranz und Respekt gegenüber anderen Menschen. Europa lebt aus dem kulturellen Reichtum und der Fülle der Traditionen in den Ländern und Regionen. Unterschiedliche Traditionen sollten aber nicht zum Vorwand dienen, Grund- und Menschenrechte restriktiv auszulegen oder Toleranz gegenüber Minderheiten entgegenzuwirken. Gerade Lesben und Schwule werden in einigen Ländern in ihren Rechten eingeschränkt und sind Diskriminierungen ausgesetzt. Die LSU fordert, dass der individuelle Lebensentwurf eines jeden Menschen in allen EU-Staaten respektiert werden muss. Hier sieht die LSU im Bezug auf die EU-Ost-Erweiterung dringenden Handlungsbedarf. Eine vollständige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien muss Voraussetzung für jeden Beitritt sein. Daneben müssen aber auch Aktivitäten in Organisationen wie dem Europarat ausgebaut werden, die eine größere Anzahl von Ländern einschließen als die EU.

Die LSU sucht hierzu den Kontakt zu liberalen, christdemokratischen und konservativen Lesben- und Schwulengruppen in anderen europäischen Ländern, um ein gemeinsames politisches Handeln auf europäischer Ebene zu ermöglichen. Gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen wollen wir

Vorurteilen, Desinformation, Intoleranz und offener Gewalt gegenüber Lesben und Schwulen entgegenwirken und auf den Abbau gesetzlicher Diskriminierung drängen. Zukunftsweisende Gesetze und Gesetzesprojekte auf nationalstaatlicher Ebene, welche eine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ermöglichen, sind zu begrüßen. Diese neu entwickelten oder geforderten Rechtsinstitute umfassen in den verschiedenen Ländern nicht die gleichen Rechte und Pflichten. Die daraus resultierende unterschiedliche rechtliche Bewertung anerkannter gleichgeschlechtlicher Partnerschaften kann über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg zu Problemen führen. Die EU ist aufgerufen, die gegenseitige Anerkennung dieser Rechtsinstitute in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen. Eine europaweite Harmonisierung der Rechtswirkungen von eingetragenen Partnerschaften ist zu befürworten.

## **Die LSU und die CDU/CSU**

Politische Parteien dienen der demokratischen Willensbildung. Es ist unsere Grundüberzeugung, dass frei gelebte sexuelle Orientierung den Respekt

der Mitmenschen und die gleiche politische und rechtliche Behandlung inne wohnen muss.

Die Mitglieder der LSU haben sich bewusst für eine Mitarbeit in einer der Unionsparteien nahe stehenden Vereinigung entschieden. Sie tun dies auch in dem Wissen, dass es in der CDU/CSU und ihren Vereinigungen auch Menschen gibt, die ihnen mit Vorurteilen und Ressentiments begegnen. Dies zu ändern führt die LSU einen konstruktiven und selbstbewussten Dialog mit der Union auf Landes- und Bundesebene. Seit ihrer Gründung hat die LSU als gesellschaftspolitischer Katalysator einen Prozess des Umdenkens bewirkt. Die so bereits erzielten Fortschritte gilt es auszubauen. Eine moderne Volkspartei, die Deutschland zukunftsfähig mit gestalten will, sollte nicht nur den Willen zur Toleranz betonen, sondern alle Bevölkerungsteile gleichberechtigt akzeptieren, tolerieren und respektieren. Hierfür wird die LSU weiter kämpfen.